

# SPD gegen die Kahlschlag-Politik von Jamaika

## Worüber sich die Menschen in Herdecke aufregen

Jedem in Herdecke ist angesichts der Haushaltslage klar, dass gespart werden muss. Auch die SPD Herdecke will dabei mitwirken. Alles muss auf den Prüfstand. Wir dürfen dabei aber nicht in blinden Aktionismus verfallen und unüberlegt Fakten mit nicht über-schaubarer Nachhaltigkeit schaffen.

Grundsatzbeschlüsse sind zielorientiert. Das heißt, das Ziel ist klar definiert. In diesem Fall: Schließung des Jugendzentrums und der Grundschule Kirchende, Umzug der Grundschule Im Dorf, Abriss der Gebäude und Vermarktung der Liegenschaft. Der Weg, wie das erreicht werden kann, ist untergeordnet. Schlimmer noch: Andere Organisationen, wie z. B. die Kirchengemeinden in Ende, sollen im Nachhinein die Voraussetzungen für die Umsetzung der Beschlüsse schaffen.



**Aktuelles Wahlplakat der Grünen: Gehört Herdecke nicht zu NRW?**

Wie sich herausstellte, fehlten für eine solche Beschlussfassung wesentliche Fakten, die auf Anfrage der SPD-Fraktion im Rat an die Bürgermeisterin auf die Schnelle auch nicht geliefert werden konnten. Die auch im Ortsrecht vorgeschriebene Bürgerbeteiligung bei so folgenschweren Entscheidungen wurde von Jamaika völlig ignoriert, der zuständige Fachausschuss, der Jugendhilfeausschuss, wurde übergangen bzw. nicht über die Schließungsabsichten informiert.

## Worum es genau geht

Dies sind die Anträge im Wortlaut, die die Jamaika-Fraktionen in Herdecke zum Haushalt 2010 als Grundsatzbeschlüsse in den Rat einbrachten und mit ihrer Mehrheit am 18. März beschlossen:

**„GS Kirchende + GS im Dorf: Grundsatzbeschluss:** In der GS Kirchende wird aufgrund der Anmeldezahlen keine neue Eingangsklasse mehr eingerichtet. Nach Auslaufen der bestehenden Klassen wird die Schule geschlossen. Die GS im Dorf zieht schnellstmöglich in das Gebäude der GS Kirchende um. Das Gebäude der GS im Dorf wird leergezogen, das Gebäude abgerissen und das Gelände schnellstmöglich vermarktet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen, die zur Umsetzung dieses Grundsatzbeschlusses notwendig sind, schnellstens zu ergreifen.“

**„Jugendzentrum MiTTendriN:** Im Kontext des Grundsatzbeschlusses der GS im Dorf und Kirchende ist das Haus der offenen Tür ebenfalls aufzugeben. Die veränderte Nutzerstruktur der beiden Häuser der offenen Tür und die demografische Entwicklung ermöglichen diese Vorgehensweise. Darüber hinaus sind Gespräche mit den beiden Kirchengemeinden in Herdecke-Ende aufzunehmen, um die Möglichkeit zu eruieren, ob eine Erweiterung der Angebote für Kinder und Jugendliche im Ortsteil Herdecke-Ende im Sinne einer offenen Besucherstruktur möglich und durch die beiden Kirchengemeinden zu übernehmen ist. Ein eventueller städt. Zuschuss und die Übergabe von Einrichtungsgegenständen (Billardtisch, Air-Hockey-Tisch,...) sind vorstellbar.“

Von Beginn an wurde diese Vorgehensweise von der SPD stark kritisiert und verurteilt. Ein so schlechter politischer Stil fördert die außerparlamentarische Opposition, wie man unschwer an der Reaktion in der Bevölkerung erkennen kann.

Am 20. März 2010 bereits hat sich der SPD-Unterbezirksparteitag mit über neunzig Delegierten aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis in Wengern in einer Resolution mit den Forderungen der Kinder, Jugendlichen, SeniorInnen und allen, die gegen die Schließung des Jugendzentrums „MiTTendriN“ protestieren, solidarisiert. Und auch auf der Jahreshauptversammlung der SPD Herdecke vier Tage später haben sich die Delegierten der Resolution angeschlossen und einen weiteren Antrag verabschiedet, der „die Art und Weise, wie Jamaika das Auslaufen der Grundschule Kirchende, den damit verbundenen Abriss der Grundschule Im Dorf samt Turnhalle und die Aufgabe des Jugendzentrums durchsetzt“, scharf kritisiert.

Zwischenzeitlich hat auf Antrag der SPD-Fraktion eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses stattgefunden.

**Ergebnis:** Der Beschluss, das MiTTendriN zu schließen, war formal nicht korrekt, weil der Jugendhilfeausschuss vorher nicht beteiligt wurde. Dem Rat wird deshalb empfohlen, seinen Beschluss vom 18. März aufzuheben. Inhaltlich hat sich Jamaika bisher jedoch nicht von diesem Beschluss distanziert. Die weiteren Beratungen sollen unter Beteiligung des Jugendhilfeausschusses, des Kinder- und Jugendparlamentes und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des von der Bürgermeisterin einberufenen Runden Tisches erfolgen.

**Fazit:** Jamaika ist nicht in der Lage, die „Regierungsgeschäfte“ in Herdecke zu führen.

Die SPD Herdecke steht bereit, mit einer verantwortungsvollen politischen Arbeit zu helfen, die Interessen unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten.

## Impressum

Hrsg.: SPD-Stadtverband Herdecke  
Kampstraße 4 a  
58313 Herdecke  
V. i. S. d. P.: Uli Schwellenberg  
Auflage: 13.000  
www.spd-herdecke.de

# Herdecke extra



35. Jahrgang – Mai 2010

Informationen des SPD-Stadtverbands



## Gemeinsamer Protest gegen Abriss des HOT MiTTendriN

Die erste kommunalpolitisch motivierte Demo seit Jahrzehnten sahen die Herdecker am 16. April durch ihre Stadt ziehen: Die Bürgerinitiative „Rettet das MiTTendriN“ hatte zu einem Protestmarsch von Kirchende nach Herdecke aufgerufen, um ihrem Unmut über die Sparpläne der Herdecker Jamaika-Koalition Ausdruck zu verleihen. Der Protest richtete sich vor allem gegen den Abriss des Ender Jugendzentrums „MiTTendriN“.

Denn nach den Plänen der Jamaika-Koalition soll der gesamte Gebäudekomplex, in dem sich auch das noch im letzten Jahr für rund 120.000 Euro renovierte Jugendzentrum befindet, dem Erdboden gleichgemacht werden, um das Grundstück zu veräußern und einer Wohnbebauung zugänglich zu machen.

Dem Aufruf folgten nach Schätzung der Polizei über 200 Menschen. Neben Jugendlichen liefen AWO-Mitglieder und Lehrerinnen der Albert-Schweitzer-Schule gemeinsam mit Vätern und Müttern, die ihre Kinder auf den Schultern trugen, ebenso wie empörte, von den Sparplänen gänzlich unbetroffene Bürger, die sich mit den Belangen der Kinder und Jugendlichen solidarisch zeigten.

Unterstützung erhielt die Initiative durch die Teilnahme von Jusos und vielen SPD-Mitgliedern sowie des SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Stotko, der sich ebenfalls sehr empört darüber zeigte, dass ohne Beteiligung Betroffener und ohne Fachausschuss kurzfristig beschlossen wurde, das Jugendzentrum „MiTTendriN“ zu schließen. Gerade dieses Vorgehen ist es, das vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Dorn im Auge ist.

Bei der Abschlusskundgebung auf dem Stiftsplatz betonte Juso-Vorsitzender Jan Schaberick lautstark, dass das „MiTTendriN“ in seiner jetzigen Form erhalten bleiben müsse, da der Stadtteil Ende ein offenes Angebot für Kinder und Jugendliche mit fachlich qualifiziertem Personal brauche.

**Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger,**

unmittelbar nach der Kommunalwahl im August letzten Jahres hat die SPD Herdecke erste Schritte in Richtung eines personellen und programmatischen Neuanfangs in Fraktion und Stadtverband vollzogen.

Der Stadtverband hat es sich u. a. zum Ziel gesetzt, Bindeglied und Koordinator zwischen den SPD-Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern zu sein gemäß unserem Wahlslogan „Mit den Bürgern. Für die Bürger.“ Damit wollen wir auch für ein erfolgreiches Miteinander von Jung und Alt in unserer Stadt eintreten.

Wie es nicht sein sollte, das haben die Jamaika-Fraktionen bei der Beschlussfassung des Haushalts der Stadt Herdecke gezeigt: Kahlschlagpolitik per Grundsatzbeschluss statt Transparenz und Bürgerbeteiligung. Schwarz/Gelb/Grün hat in Herdecke die Note ungenügend verdient!

In Bund und Land handeln die schwarz/gelben Regierungen unsolidarisch und unsozial. Das zeigt: Nur eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung in NRW kann die aktuellen Probleme menschlich lösen und der schwarz/gelben Regierung in Berlin über den Bundesrat Paroli bieten.

Dafür brauchen wir Ihre Stimme!  
Gehen Sie bitte am 9. Mai zur Wahl!

Uli Schwellenberg  
Stadtverbandsvorsitzender

## Thomas Stotko im Interview

# „Ich will, dass in NRW eine Frau regiert!“

Thomas Stotko ist ein Schwergewicht – und das durchaus auch politisch. Seit über 20 Jahren engagiert er sich für die SPD, seit 2005 vor allem als direkt gewählter Landtagsabgeordneter für Herdecke und Witten. „Herdecke extra“ sprach mit ihm über die kommende Wahl, über die Agenda 2010, die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb und wie die Kommunen wieder aus den Schulden kommen.

**Die SPD steckt in einem Dilemma: Auch nach neuesten Umfragen keine Mehrheit für Rot-Grün in NRW. Und der Linken traut die SPD nicht zu, regierungsfähig zu sein. Was nun, Herr Stotko?**

Zunächst einmal: Rot-Grün liegt vor Schwarz-Gelb und das hätte vor sechs Monaten noch keiner gedacht. Es gibt am 9. Mai eine echte Chance für einen Politikwechsel, für ein soziales NRW. Rüttgers sieht seine Felle schwimmen, deshalb schmust er mit den Grünen. Und die schließen eine Ehe mit Rüttgers nicht aus. Deshalb sage ich: Wer will, dass Gelb und Schwarz verschwinden, muss SPD wählen.

**Jetzt haben Sie die Linkspartei vergessen.**

Keineswegs. Aber ich glaube, die Linke trägt nichts zu einem Politikwechsel bei. Sollte sie in den Landtag kommen, wird sie Frontal-Opposition betreiben und zu keinerlei Kompromissen fähig sein. Deshalb gehen die Stimmen für die Linke verloren, wenn es gegen Rüttgers geht.

**Wer die Diskussion in den letzten Wochen verfolgt, kann zu dem Schluss kommen, bei dieser Wahl sei die Bundespolitik wichtiger als die Landespolitik. Gesundheitspolitik oder Bildungspolitik? Was steht im Vordergrund?**

So weh mir das als Landespolitiker tut: Bundespolitik scheint vorne zu stehen.

**Dann reden wir doch auch über Gesundheitspolitik: Was stört Sie an Röslers Vorhaben, die Pharmakonzerne zu Preissenkungen bei Arzneimitteln zu zwingen?**

Ich finde es richtig, die Pharma-Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, um das Gesundheitssystem finanzierbar zu halten. Aber Röslers Plan ist doch Augenwischerei. Es ist so ähnlich wie bei Teppichhändlern. Wenn ich 100 Prozent vom Preis ha-



Thomas Stotko: Kraftvolles Plädoyer für Hannelore Kraft als neue Ministerpräsidentin

ben will, schlage ich 20 Prozent drauf und lasse mir die 20 Prozent wieder abhandeln.

**Dann halten Sie wohl auch nichts von der Kopfpauschale von CDU und FDP?**

Nein, und da befinde ich mich in guter Gesellschaft. 75 Prozent der Deutschen sind gegen die Kopfpauschale. Warum soll ein Unternehmer mit 150 Mitarbeitern den gleichen Beitrag zahlen wie seine Sekretärin?

**Was will denn die SPD?**

Wir setzen uns seit Jahren für die Bürgerversicherung ein. Da zahlen alle, die Selbständigen und Freiberufler, die Beamten, die Angestellten entsprechend ihres Einkommens in den Topf ein. So funktioniert ein solidarisches System.

**Wie soll das durchgesetzt werden?**

Damit es überhaupt funktioniert, muss NRW wieder das soziale Gewissen der Bundesrepublik werden. Die Chance ist am 9. Mai. Von NRW aus werden wir im Bundesrat die notwendigen Initiativen ergreifen.

**Rüttgers behauptet, die SPD führt die Einheitsschule ein und löst die anderen Schulformen ab-**

– und spielt so mit den Sorgen der Eltern. Verzeihen Sie die Unterbrechung, aber wir schaffen keine Schulen ab, sondern es soll für jedes Kind auch jeder Schulabschluss möglich sein. Wer Kinder schon mit neun Jahren in Schubläden steckt, beraubt sie ihrer Entwicklungschancen. Deshalb werden Kinder in unserer Schule so lange wie möglich gemeinsam unterrichtet.

**Das ist dann die Gemeinschaftsschule der SPD?**

Der Name ist den Menschen egal – die beste Förderung für ihre Kinder ist entscheidend. Ich nenne es häufig auch „Gymnasium für alle“.

**Bleibt zu fragen, warum das nicht in 39 Jahren SPD-Regierung möglich war.**

Da gebe ich Ihnen Recht. In den Siebzigern sind wir bei der Koop-Diskussion eingeknickt und in den letzten Jahren der SPD-Regierung hat sich keiner mehr getraut. Das war falsch. Aber aus Fehlern kann man lernen. Also haben wir bereits 2007 unsere Vorstellungen zur Schulpolitik formuliert.

**Wo ist der Unterschied zwischen „Schnee schippen“ und „Straße fe-**

**gen“? Oder: Was haben Guido Westerwelle und Hannelore Kraft in der Beschäftigungspolitik gemeinsam?**

Die haben wirklich gar nichts gemeinsam – schon gar nicht politisch. Der Westerwelle-Vorschlag bedeutete Zwangsarbeit und Kürzung von Sozialleistungen. Hannelore Kraft hat sich für einen sozialen Arbeitsmarkt ausgesprochen, in dem Langzeitarbeitslose eine Beschäftigung finden. Bei ihr ist die Arbeit freiwillig und die Betroffenen erhalten ein volles Gehalt. Beschäftigung hat immer was mit Würde und Respekt zu tun.

**War es nicht die SPD, deren Regelungen der Agenda 2010 auf Unverständnis stießen?**

Nicht alle Regelungen werden abgelehnt. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ bleibt beispielsweise richtig. Es stimmt - es hat auch Fehler gegeben. Den Menschen erklärt sich nicht, warum jemand, der 40 Jahre arbeitet, genauso lange Arbeitslosengeld bekommt wie der, der ein Jahr eingezahlt hat. Auch dass uns erst ein Verfassungsgericht sagen muss, dass die Alg-II-Sätze für unsere Kinder nicht ausreichen, ist traurig – auch hier hätte Politik früher reagieren müssen. Die SPD-Beschlüsse von Mitte März zeigen: Wir haben verstanden.

**In Berlin streiten sich CDU und FDP, in Düsseldorf geht Rüttgers zu den Liberalen auf Distanz. Geht es hier um inhaltliche Konflikte oder um Taktik?**



Beides trifft zu. Der Streit um die Kopfpauschale ist wohl ein echter Konflikt. In der Frage der Steuersenkungen kommt man sich näher, aber in NRW wird mit verteilten Rollen gearbeitet. Die FDP spielt nach wie vor auf der neoliberalen Flöte und versucht, ihre Klientel bei der Stange zu halten. Und von Rüttgers darf man sich nicht täuschen lassen. Er hat mit unterschrieben, dass die Berliner Koalition Hoteliers und reiche Erben entlastet. Das kostet auch die Kommunen beträchtliche Summen. Doch Rüttgers hält das nicht davon ab, wenige Wochen später so zu tun, als würde er sich schützend vor die Kommunen stellen.

**Die Gemeinden in NRW sind mit fast 40 Milliarden Euro verschuldet. Was könnten die von einer SPD-geführten Regierung erwarten?**

Wir spannen einen Rettungsschirm auf. Für fünf Jahre lagern wir die kommunalen Schulden bei der NRW-Bank und die Kommunen können in dieser Zeit wieder agieren.

**Aber was ist dann in fünf Jahren?**

Sie haben Recht: Das allein wäre keine nachhaltige Veränderung. Deshalb wollen wir die Gewerbesteuer erweitern und nicht, wie Schwarz-Gelb, abschaffen. Warum zahlt der Zahnarzt keine Gewerbesteuer, aber der Dentaltechniker? Das versteht keiner. Auch den Freiberuflern schadet das nicht, denn sie zahlen dann

## Zur Person

Thomas Stotko, geboren am 3. Juni 1966 in Witten, wuchs in Witten-Stockum auf. Nach Harkort-Grundschule, Albert-Martmöller-Gymnasium und Abitur studiert er an der Ruhr-Uni Bochum Jura. Ab 1998 arbeitet er als Rechtsanwalt in einer Wittener Kanzlei.

In der SPD ist er seit 1986 aktiv. Thomas Stotko war Mitbegründer und Vorsitzender der Wittener Jusos, seit 2000 ist er Vorsitzender der Wittener SPD.

## Thomas Stotko vor Ort

### Bürgersprechstunden

**Do., 6. Mai, 11.30 - 13.00 Uhr:**  
Bushaltestelle Herdecke-Mitte

**Fr., 7. Mai, 17.00 - 18.00 Uhr:**  
Parkplatz REWE,  
Westender Weg

weniger Einkommensteuer. Den Kommunen bleiben aber höhere Einnahmen, denn die Gewerbesteuer kommt ihnen zugute.

**Nicht wenige Kommentatoren scheinen Schwarz-Grün herbeizuschreiben. Ihr Kommentar dazu?**

Wer Rot-Grün will, muss SPD wählen, denn wer diesmal Grün wählt, setzt auf Schwarz. Im Saarland wurden die Grünen eingekauft, in Hamburg vereinnahmt. Die Grünen in NRW lehnen eine Koalition mit der CDU nicht ab – deshalb muss die SPD stärkste Fraktion werden.

**Ihre Wahlprognose?**

Am Muttertag um 18.01 Uhr werden wir es wissen – ich hab keine Kristallkugel. Aber ich weiß, wofür ich kämpfe: Für meinen Wahlkreis und dafür, dass NRW erstmals von einer Frau regiert wird. Von Hannelore Kraft.

2005 zog Thomas Stotko in den Landtag ein, als Direktkandidat für Witten und Herdecke. Seine Schwerpunkte dort liegen in der Rechts- und Innenpolitik. Daneben ist er Mitglied der AWO und im Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND), er ist Pate des SOS-Kinderdorfs und fördert die Initiative „Mehr Demokratie“ e.V. und die „Kinderhospiz-Initiative“ Witten e.V.

Heute lebt der 43-jährige Politiker in Annen, gemeinsam mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn Max.